



CDU fordert gerechte Erstattung

Hohe Flüchtlingskosten

Düsseldorf (dpa). Viele Kommunen in NRW bleiben nach Berechnungen der CDU-Opposition auf hohen Flüchtlingskosten sitzen. Die Kostenerstattung beruhe auf veralteten Zahlen und sei in der Systematik ungerecht, kritisierte der Vizevorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper, gestern in Düsseldorf. Kommunen mit großen Landeseinrichtungen profitierten von diesem System. Vor allem kleine Gemeinden, denen viele Flüchtlinge zugewiesen würden, ohne dass es dort eine Landeseinrichtung für die Unterbringung gebe, seien hingegen die Dummen, sagte der ehemalige Bürgermeister von Rietberg. Die zugesagte Jahrespauschale decke die Kosten nicht.

Die CDU fordert, das Pauschalssystem umgehend durch eine Abrechnung zu ersetzen, bei der das Land den Kommunen für jeden einzelnen untergebrachten Flüchtling Geld überweist. Dies ist in NRW erst für 2017 geplant.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) wies die Kritik zurück. Das Land werde den Kommunen noch in diesem Jahr mehr Geld für Unterbringung und Versorgung bereitstellen. »Wir rechnen damit, dass die Zahl der Flüchtlinge in den Kommunen sich zum Stichtag 1. Januar 2016 auf rund 200 000 Flüchtlinge erhöhen wird. Das sind etwa zehn Prozent mehr, als wir bisher angenommen haben.« Diese Entwicklung werde sich in der finanziellen Ausstattung widerspiegeln.